



Stefan Burgdörfer war bis April dieses Jahres verantwortlicher Redakteur der Auslandsinformationen. Derzeit bereitet er sich auf die Leitung des KAS-Auslandsbüros Costa Rica/Panama vor.



Daniel Fuglestad hat kürzlich sein Studium der Internationalen Beziehungen und Germanistik am Wheaton College in Illinois beendet. Er absolvierte Praktika bei der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin und Ramallah.

## HELD ODER VERRÄTER?

**DIE EINSCHÄTZUNGEN IN DEUTSCHLAND  
UND DEN USA ÜBER EDWARD SNOWDEN, NSA  
UND DATENSICHERHEIT GEHEN AUSEINANDER**

*Stefan Burgdörfer / Daniel Fuglestad*

Die Veröffentlichungen Edward Snowdens über die Datensammlungen und die Arbeitsweise US-amerikanischer Bundesbehörden haben für Wirbel in der internationalen Politik gesorgt, die Bürger in Dutzenden von Ländern verärgert und die Beziehungen ihrer Regierungen zu den Vereinigten Staaten teils erheblich belastet. Besonders starken Schaden nahm das Verhältnis zwischen den USA und Deutschland. Die Enthüllungen darüber, dass die Vereinigten Staaten deutsche Bürger ausspionierten, sorgten in Deutschland für Verärgerung über den Verbündeten. Die Beziehungen zwischen beiden Ländern litten noch mehr, als bekannt wurde, dass die US-Sicherheitsbehörde NSA (National Security Agency of the United States) in Deutschland ohne deutsche Einwilligung spioniert und dabei sogar das Mobiltelefon der Kanzlerin abgehört hatte.

Zu Beginn war die Mehrheit der Deutschen wie auch der US-Amerikaner über die von Snowden veröffentlichten Informationen empört. Aufgrund historischer Erfahrungen messen beide Länder dem Schutz der Bürgerrechte eine hohe Bedeutung zu: Im Falle Deutschlands haben zwei Diktaturen im vergangenen Jahrhundert mit Geheimdienstmethoden die Privatsphäre ihrer Bürger verletzt. Die USA wiederum blicken mit Stolz auf ihre verfassungsrechtlichen Freiheitsgarantien und werden nicht müde zu betonen, unter welchen Anstrengungen und Verlusten sie errungen wurden. Je länger jedoch die Berichterstattung über Snowden anhält und je weiter die Kreise werden, die die Ereignisse ziehen – im März hat ein Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestags seine Arbeit in dieser Sache aufgenommen –, desto deutlicher wird die

Kluft zwischen den USA und Deutschland. Eine Mehrheit der US-Amerikaner hat sich inzwischen entschieden gegen Snowden gewandt und vermeidet es, die Tätigkeit der NSA deutlich zu verurteilen, während in Deutschland die Verärgerung gewachsen ist und Snowden zunehmend als Held gefeiert wird. Im April hat ihm die staatliche Universität in Rostock die Ehrendoktorwürde angeboten.

Diese diametrale Entwicklung darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die aktuelle Kontroverse um die Arbeit der Sicherheitsorgane und die rechte Balance von Sicherheit und Freiheit die US-amerikanische Gesellschaft erheblich gespalten hat: die Mitte-Links-Demokraten und die Mitte-Rechts-Republikaner – also der politische Mainstream – haben die Person Edward Snowdens als Feind ausgemacht, während Linksliberale, die Republikaner der „Tea Party“-Bewegung und Unabhängige der politischen Mitte die NSA attackieren. Deutlich wird dieser Zwiespalt auch daran, dass in demselben Land, dessen Justiz Snowden bei seiner Einreise umgehend vor Gericht stellen würde, die britische Zeitung *The Guardian* sowie die *Washington Post*, die Snowdens Informationen veröffentlicht hatten, im April die landesweit wichtigste Medienauszeichnung erhielten, den Pulitzer-Preis.

Die Uneinigkeit in der Gesellschaft und insbesondere im Parlament erschwert die Bemühungen von Politikern wie dem US-Kongressabgeordneten Jim Sensenbrenner, eine Mehrheit für eine substanzielle Reform der Geheimdienste zu erringen. Der Republikaner Sensenbrenner, der nach den Anschlägen des 11. Septembers 2001 selbst maßgeblich an der Formulierung des Patriot Act mitgewirkt hatte, der die weit reichende Aneignung von Kompetenzen durch die Geheimdienste erst ermöglichte, wirbt nun für die Verabschiedung des Freedom Act. In Berlin, wo er auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung politische Gespräche führte, sagte Sensenbrenner im März: „Die NSA muss grundlegend reformiert werden, durch eine grundlegende Gesetzesreform, so dass sie keinen Blankoschein für all die Dinge erhält, die sie bislang getan hat.“ Nun seien die Lehren zu ziehen, damit es keinen weiteren Edward Snowden gebe, der den Vereinigten Staaten durch seine Veröffentlichungen Schaden zufügt. In Sensenbrenners Bemühen zeigt sich, dass die Interessen beider Länder und auch die

Problemwahrnehmung der Politiker auf beiden Seiten des Atlantiks viel näher beisammen liegen, als es das gegenwärtige Stimmungsbild zweier nahezu irreparabel entfremdeter Öffentlichkeiten vermuten lässt.



„Kein Blankoscheck mehr für die NSA“: Der republikanische US-Kongressabgeordnete Jim Sensenbrenner, hier auf einer Veranstaltung der KAS am 19. März 2014 in Berlin, will die Kompetenzen der Geheimdienste beschränken. | Quelle: © KAS.

## EMPÖRUNG UND VERÄRGERUNG IN DEUTSCHLAND

Am Anfang der Debatte in Deutschland stand Edward Snowdens Enthüllung, dass sein ehemaliger Arbeitgeber NSA Metadaten (also Daten zu Uhrzeiten, Anrufern, Adressaten und Dauer von Telefongesprächen) von Deutschen sammelte, um sie, wenn nötig, zur Terrorbekämpfung einzusetzen. Deutschland stecke, so Snowden in einem Interview, mit den USA „unter einer Decke“, was die breit gefächerte Überwachung angehe, ebenso wie alle westlichen Länder.<sup>1</sup> Laut einer ARD-Umfrage sahen 60 Prozent der Deutschen Ende 2013 in Snowden eher einen Helden als einen Schurken, wenn auch weitaus weniger Befragte zu der Auffassung neigten, Deutschland solle ihm Asyl gewähren.<sup>2</sup> 58 Prozent forderten zudem, die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit den USA zu unterbrechen,

1 | Jacob Appelbaum und Laura Poitras, „Als Zielobjekt markiert“, *Der Spiegel*, Nr. 28/2013, 08.07.2013, <http://spiegel.de/spiegel/print/d-102241618.html> [28.04.2014].

2 | „Snowden ist für Mehrheit ein Held“, *Kölner Stadt-Anzeiger*, 08.11.2013, <http://ksta.de/politik/15187246,24939022.html> [28.04.2014].

bis die NSA-Affäre geklärt sei.<sup>3</sup> 78 Prozent erwarteten von Bundeskanzlerin Angela Merkel ein entschiedenes Auftreten gegenüber den USA.<sup>4</sup>

Snowdens Dokumente erhärteten den Verdacht von der engen Zusammenarbeit der Geheimdienste: Seinen Informationen zufolge lieferten US-Geheimdienste den Deutschen im Jahr 2013 auf Nachfrage Daten in 1.800 Fällen, in umgekehrter Richtung gab es 800 Fälle.<sup>5</sup> Trotz massiven öffentlichen Gegenwinds im Wahlkampf des vergangenen Jahres verteidigte die Bundeskanzlerin diese Zusammenarbeit mit den USA im geheimdienstlichen Bereich. Vergleiche zwischen NSA und Stasi bezeichnete sie als unseriös und herabsetzend für jene, die unter dem DDR-Regime gelitten hatten.<sup>6</sup> Die SPD und andere Parteien versuchten hingegen im Wahlkampf, aus der Kritik an der transatlantischen Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich Kapital zu schlagen, doch ohne Erfolg. Dass die teils beschwichtigende Haltung der Bundesregierung trotz heftiger Kritik der Opposition und erheblichen Unmuts in der Bevölkerung nicht zu einem Einbruch in den Umfragewerten der Kanzlerin führte, zeigte auch: In den ersten Wochen des Skandals waren die Deutschen über die USA verärgert, jedoch schien das Einvernehmen zwischen beiden Seiten nicht ernstlich bedroht. Schließlich wählten die Deutschen nahezu mit absoluter Mehrheit eine Kanzlerin wieder, die sich unmissverständlich für das transatlantische Bündnis eingesetzt hatte.

**Die SPD und andere Parteien versuchten im Wahlkampf, aus der Kritik an der transatlantischen Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich Kapital zu schlagen, doch ohne Erfolg.**

In den anschließenden Monaten folgten weitere Enthüllungen Snowdens darüber, wie die NSA Deutschland ohne Einwilligung der Bundesregierung auf breiter Basis ausspionierte – einschließlich illegaler Datenübertragungen

3 | Jacob Appelbaum et al., „Der unheimliche Freund“, *Der Spiegel*, Nr. 44/2013, 28.10.2013, <http://spiegel.de/spiegel/print/d-118184380.html> [28.04.2014].

4 | Sven Becker et al., „Indispensable Exchange: Germany Cooperates Closely with NSA“, *Spiegel Online*, 08.07.2013, <http://spiegel.de/international/world/a-909954.html> [28.04.2014].

5 | „Merkel Speaks: Chancellor Defends Intelligence Monitoring“, *Spiegel Online*, 10.07.2013, <http://spiegel.de/international/germany/a-910491.html> [28.04.2014].

6 | „NSA und Stasi sind zwei völlig verschiedene Dinge“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 10.07.2013, <http://faz.net/aktuell/politik/-12277502.html> [28.04.2014].

aus Botschaft und Konsulaten. Die Kanzlerin zeigte sich verärgert, und die deutsche Öffentlichkeit reagierte noch aufgebracht, als das Ausmaß der Verletzungen der Privatsphäre offenbar wurde, das viele als Zeichen mangelnden Respekts gegenüber ihrem Land empfanden.<sup>7</sup> Als politisches Zeichen lässt es sich interpretieren, dass der deutsche Geheimdienst mit einem Hubschrauber das US-Konsulat in Frankfurt überflog.<sup>8</sup> Ein Besuch amerikanischer Politiker, der die Wogen glätten sollte, wurde zu einem Fehlschlag, als sie eine Entschuldigung für das Ausspionieren verweigerten und stattdessen das Vorgehen der NSA verteidigten.<sup>9</sup> Zwar gelobte der Sprecher des Weißen Hauses, die Kanzlerin in Zukunft nicht mehr auszuspionieren. Doch verteidigten viele Kommentatoren in den USA das Vorgehen mit dem Hinweis, die Terroranschläge des 11. September seien teilweise in Hamburg geplant worden. Das Vertrauen zwischen den Vereinigten Staaten, den Deutschen und der Bundesregierung war am Boden.

**Ein Besuch amerikanischer Politiker wurde zu einem Fehlschlag, als sie eine Entschuldigung für das Ausspionieren verweigerten und stattdessen das Vorgehen der NSA verteidigten.**

### ÄRGER IM LAND OF THE FREE

In den Vereinigten Staaten riefen Snowdens Enthüllungen anfangs ähnlichen Ärger hervor wie in Deutschland. Bürger, Politiker und Juristen verurteilten das Vorgehen der NSA. Diese Missbilligung war anfangs nahezu einhellig.<sup>10</sup> Die Mehrzahl der US-Amerikaner sah in dem Whistleblower Snowden einen Patriot und lehnte seine Verfolgung ab, obwohl die Ablehnung nicht so deutlich ausfiel wie die des NSA-Programms.<sup>11</sup> So zeigte eine unmittelbar nach

7 | „Karl Theodor zu Guttenberg on GPS: Everybody Spies“, *CNN*, 03.11.2013.

8 | Matthias Gebauer, „NSA Affair: Germans Conduct Helicopter Flyover of US Consulate“, *Spiegel Online*, 09.09.2013, <http://spiegel.de/international/germany/a-921257.html> [28.04.2014].

9 | Raniah Salloum, „US-Gesandte in Berlin: Die zwei Beziehungsarbeiter aus Amerika“, *Spiegel Online*, 25.11.2013, <http://spiegel.de/politik/ausland/a-935573.html> [28.04.2014].

10 | Emily Swanson, „NSA Leaks: Poll Finds Americans Divided Over Edward Snowden's Actions“, *The Huffington Post*, 13.06.2013.

11 | Jonathan D. Salant, „Snowden Seen as Whistleblower by Majority in New Poll“, *Bloomberg*, 10.07.2013, <http://bloomberg.com/news/2013-07-10/snowden-seen-as-whistleblower-by-majority-in-new-poll.html> [28.04.2014].

Losbrechen des Skandals durchgeführte Gallup-Umfrage, dass 53 gegenüber 37 Prozent der Amerikaner das Überwachungsprogramm ablehnten, aber nur 44 gegenüber 42 Prozent der Ansicht waren, Snowden habe richtig gehandelt, als er es publik machte.<sup>12</sup> Nach Bekanntwerden der Nachricht über die Ausspionierung Angela Merkels stimmten in einer Umfrage 56 Prozent der befragten Amerikaner der Aussage zu, die USA sollten darauf verzichten, die Regierungschefs verbündeter Staaten auszuspionieren.<sup>13</sup>

Auch im Kongress äußerten Abgeordnete ihre Empörung. Dennoch wurde im Repräsentantenhaus ein Gesetzentwurf des Präsidenten mit 217 zu 205 Stimmen abgelehnt, der die Tätigkeit der NSA auf eine neue Grundlage gestellt hätte. Hinter der Ablehnung standen keinesfalls parteitaktische Motive, sondern fundamental unterschiedliche Positionen zum Verhältnis von Freiheit und Sicherheit, die beide Parteien in zwei Lager gespalten hatten: 111 Demokraten und 94 Republikaner stimmten mit Ja, 83 Demokraten und 134 Republikaner mit Nein.<sup>14</sup>

Gegen die Abhöraktionen der NSA wurden mehrere Klagen eingereicht, von denen eine im Dezember erfolgreich war, als ein Gericht in New York die Überwachung zweier Kläger durch die NSA mit der Feststellung aussetzte, das Vorgehen verletze den vierten Zusatz der US-Verfassung (4<sup>th</sup> Amendment). Auf die NSA selbst wirkten die Enthüllungen verheerend. Die Behörde, die eigentlich im Geheimen wirken soll, startete eine PR-Kampagne, die sich im Nachhinein als weitgehend erfolglos erwies.<sup>15</sup> Die beiden Leiter der Agentur, General Keith Alexander und

**Auf die NSA selbst wirkten die Enthüllungen verheerend. Die Behörde, die eigentlich im Geheimen wirken soll, startete eine PR-Kampagne, die sich im Nachhinein als erfolglos erwies.**

12 | Frank Newport, „Americans Disapprove of Government Surveillance Programs“, *Gallup Politics*, 12.06.2013, <http://gallup.com/poll/163043/americans.aspx> [28.04.2014].

13 | Pew Research Center, *Most Say Monitoring Allied Leaders' Calls Is Unacceptable*, 04.11.2013, 2, <http://people-press.org/files/legacy-pdf/11-4-13%20European%20Monitoring%20Release.pdf> [28.04.2014].

14 | Laura Poitras, Marcel Rosenbach und Holger Stark, „Codename Apalachee“, *Der Spiegel*, Nr. 35/2013, 26.08.2013, <http://spiegel.de/spiegel/print/d-108794834.html> [28.04.2014].

15 | Daniel Drezner, „Tone-Deaf at the Listening Post“, *Foreign Policy*, 16.12.2013, [http://foreignpolicy.com/articles/2013/12/16/tone\\_deaf\\_at\\_the\\_listening\\_post\\_my\\_day\\_at\\_the\\_NSA](http://foreignpolicy.com/articles/2013/12/16/tone_deaf_at_the_listening_post_my_day_at_the_NSA) [28.04.2014].

Chris Inglis, kündigten ihren Rücktritt an.<sup>16</sup> Die Ablehnung durch Bürger, Politik und Rechtsprechung deutete darauf hin, dass der Spionagetätigkeit der NSA in ihrer bisherigen Form durch den demokratischen Prozess ein Ende gesetzt würde.

### AUS VERÄRGERUNG WIRD AKZEPTANZ

Mit dem Fortgang der Kontroverse um Snowden nahmen die Dinge in den Vereinigten Staaten jedoch eine andere Entwicklung als in Deutschland. Ein Grund dafür war, dass Snowden zunächst nach China und später nach Russland

floh – zwei Länder, die als „Feinde“ zu bezeichnen in den USA außerhalb des diplomatischen Betriebs gängige Rhetorik ist. Früh kamen Befürchtungen auf, dass Snowden sein Geheimwissen in diesen beiden Ländern nicht für sich behalten könne und

**Früh kamen Befürchtungen auf, dass Snowden sein Geheimwissen in China und Russland nicht für sich behalten und die Preisgabe vertraulicher Informationen den USA schaden könnte.**

dass die Preisgabe vertraulicher Informationen den USA schaden könnte. Als die Schlagzeilen nicht enden wollten und immer neue Details aus Snowdens Fundus ans Licht kamen, erhärtete sich dieser Verdacht. Vielen erschien der ehemalige Geheimdienstmitarbeiter schon bald nicht mehr als Herr des Verfahrens. Stattdessen entstand der Eindruck, dass es inzwischen die russische Regierung war, die den Zeitpunkt und den Inhalt der Veröffentlichungen bestimmte.

Spätestens als sich Snowdens Enthüllungen negativ auf die US-Außenpolitik auszuwirken begannen, wendete sich eine Mehrheit der Amerikaner gegen ihn. Während im Juni 38 Prozent der Auffassung zuneigten, Snowden habe richtig gehandelt, und 35 Prozent der gegenteiligen Ansicht waren, kehrten sich diese Anteile wenig später um. 38 gegenüber 33 Prozent meinten im Juli, er sei im Unrecht gewesen. In derselben Umfrage sprachen sich 48 Prozent für seine juristische Verfolgung aus, was 33 Prozent der Befragten ablehnten.<sup>17</sup> In den Folgemonaten ging mit der zunehmenden Ablehnung der Person Edward Snowdens

16 | Shane Harris, „Top NSA Civilian Resigns As Surveillance Controversy Swirls“, *Foreign Policy*, 13.12.2013, [http://foreign-policy.com/posts/2013/12/13/top\\_nsa\\_civilian\\_resigns\\_as\\_surveillance\\_controversy\\_swirls](http://foreign-policy.com/posts/2013/12/13/top_nsa_civilian_resigns_as_surveillance_controversy_swirls) [28.04.2014].

17 | „More Americans Now See Snowden as Having Done the Wrong Thing“, *The Huffington Post*, 05.07.2013.

eine veränderte Wahrnehmung der Arbeit der NSA einher.<sup>18</sup> Im Dezember vertraten 55 gegenüber 34 Prozent die Auffassung, seine Bekanntmachungen schädigten das öffentliche Interesse, was das Ergebnis der entsprechenden Juni-Umfrage von 34 gegenüber 55 Prozent exakt umdrehte.<sup>19</sup> Sämtliche Befragungen zeigten nun eine Kehrtwende und zugleich eine ambivalente Haltung: Snowdens Erkenntnisse wurden begrüßt, Snowdens Taten dagegen abgelehnt. Eine Umfrage des Pew Research-Instituts vom Januar 2014 ergab insbesondere unter afroamerikanischen und lateinamerikanischstämmigen Amerikanern eine stark gesunkene Unterstützung für das NSA-Programm selbst, das nun 55 Prozent ablehnten und 41 Prozent verteidigten. Zugleich sprach sich aber eine überwältigende Mehrheit dafür aus, Snowden ins Gefängnis zu bringen.<sup>20</sup>

**Eine Umfrage vom Januar 2014 ergab eine stark gesunkene Unterstützung für das NSA-Programm. Zugleich sprach sich aber eine überwältigende Mehrheit dafür aus, Snowden ins Gefängnis zu bringen.**

Beispielhaft für diese nur auf den ersten Blick widersprüchliche Position ist ein Kommentar, den Edward Lucas für *The American Interest* geschrieben hat. Unter der Überschrift „Snowden und die Dummköpfe, die ihn lieben“, führt er aus, der ehemalige NSA-Angehörige sei „ein nützlicher Idiot“, dessen Aktionen den Feinden der USA in die Hände gespielt hätten.<sup>21</sup> Lucas verurteilt *whistleblowing* nicht grundsätzlich, schränkt aber ein, ein Whistleblower müsse drei Dinge beachten, wenn sein Handeln gerechtfertigt sein soll: „Er muss ein erhebliches Fehlverhalten aufdecken, das auf einem anderen Weg nicht ans Licht der

18 | Gregory Ferenstein, „A Majority of the Public still approves of the NSA Dragnet“, TechCrunch, 01.08.2013, <http://techcrunch.com/2013/08/01/a-majority-of-the-public-still-approves-of-nsa-drag-net-4-graphs> [28.04.2014].

19 | Pew Research Center und The Council on Foreign Relations (CFR), *Public Sees U.S. Power Declining as Support for Global Engagement Slips. America's Place in the World 2013*, 03.12.2013, 32, <http://people-press.org/files/legacy-pdf/12-3-13%20APW%20VI%20release.pdf> [28.04.2014]; vgl. Drake Bruce, „Snowden Leaks Seen as Harming the Public Interest“, Pew Research Center, 17.12.2013.

20 | Pew Research Center und *USA Today*, *Obama's NSA Speech Has Little Impact on Skeptical Public*, 20.01.2014, <http://people-press.org/files/legacy-pdf/1-20-14%20NSA%20Release.pdf> [28.04.2014].

21 | Edward Lucas, „Snowden and the Fools Who Love Him“, *The American Interest*, 06.02.2014, <http://www.the-american-interest.com/articles/2014/02/06/snowden> [28.04.2014].  
Übersetzung d. Red.

Öffentlichkeit gelangen könnte. Er muss die Gefahren für die öffentliche Sicherheit so gering wie möglich halten. Und er darf nur dasjenige Material stehlen und *leaken*, das für seine Belange von Relevanz ist.“ In allen drei Punkten, so Lucas, habe Snowden versagt. Er habe Material veröffentlicht, das mit den Sorgen um den Schutz privater Daten, für den sich einzusetzen er vorgebe, nichts zu tun habe. Von öffentlichem Interesse und in Snowdens vorgeblichem Anliegen sei es beispielsweise nicht, dass er Informationen verbreitete, wonach die USA E-Mails von Taliban in Pakistan abfangen oder das Atomprogramm dieses Landes näher untersuchten. Zudem könne Snowden die Gefahr gar nicht ermessen, die seine Veröffentlichungen verursachen könnten: „Scheinbar harmlose Informationen können großen Schaden anrichten, wenn sie mit anderen kombiniert werden.“



Edward Snowden live im russischen Staatsfernsehen: Durch seine Flucht nach China und später Russland hat er nach Ansicht vieler Amerikaner seine Glaubwürdigkeit untergraben. | Quelle: © Pavel Golovkin, AP Photo, picture alliance.

Lucas' Formulierung „erhebliches Fehlverhalten“ verweist zudem auf eine Kontroverse innerhalb der Gesellschaft der USA, die zusätzlich zur beschriebenen Spaltung beiträgt: Hat die NSA Recht gebrochen oder nicht? Der Patriot Act bleibt an einer entscheidenden Stelle unpräzise: In der viel diskutierten *section 215* räumt er den Bundesbehörden das Recht ein, alle „relevanten Informationen“ zu speichern. Die NSA interpretierte diese Formulierung als „alle

potenziell relevanten Informationen“ und speicherte folglich auch ohne konkreten Verdacht für den Fall, dass die Informationen in späteren Ermittlungen Relevanz erlangen könnten. Insbesondere in diesem Punkt bemüht sich der Freedom Act, der eingangs erwähnte Gesetzentwurf des Abgeordneten Sensenbrenner, um eine Präzisierung.

Der NSA-Skandal hat die amerikanische Gesellschaft tief gespalten, wobei die Mainstream-Demokraten und -Republikaner sowie Ältere und Frauen tendenziell die NSA unterstützen bzw. politische Rechts- und Linksaßen, die Mitte sowie die jüngere Generation eher gegen diesen Geheimdienst sind.<sup>22</sup> Für die NSA-Kritiker in den USA ist die derzeitige Situation ungünstig. Die Gesellschaft ist gespalten, tendiert insgesamt jedoch leicht zur Unterstützung der NSA. Und auch die NSA-feindliche Haltung im Kongress ist verfolgt. Der FISA-Gerichtshof<sup>23</sup> und andere Richter haben das Sammeln von Metadaten durch die NSA zuletzt bestätigt.<sup>24</sup> Eine tief greifende Reform der Behörde scheint unwahrscheinlich.<sup>25</sup> Obgleich der Supreme Court noch viele Argumente für und gegen das Programm hören wird, ist den NSA-Kritikern die Angelegenheit doch in vielerlei Hinsicht entglitten.

**Eine tief greifende Reform der NSA scheint unwahrscheinlich. Den NSA-Kritikern ist die Angelegenheit in vielerlei Hinsicht entglitten.**

## EINE KLUFT TUT SICH AUF

Eine Pew-Umfrage vom Juli 2013 offenbart die Unterschiede zwischen Amerikanern und Deutschen in der Beurteilung des Wirkens der NSA. Darin wurden die Amerikaner befragt, ob sie dem Programm zustimmten oder nicht, was sie von seinem Inhalt wussten und auch, ob es ihrer

22 | Pew Research Center und CFR, Fn. 19; vgl. Scott Clement und Sean Sullivan, „Poll: Public wants congressional hearings on NSA surveillance“, *The Washington Post*, 19.06.2013, <http://wapo.st/RTGyoZ> [28.04.2014].

23 | FISA steht für Foreign Intelligence Surveillance Act. Emile Simpson, „The Panopticon Paradox“, *Foreign Policy*, 24.12.2013, [http://foreignpolicy.com/articles/2013/12/24/the\\_panopticon\\_paradox\\_nsa\\_war\\_on\\_terror](http://foreignpolicy.com/articles/2013/12/24/the_panopticon_paradox_nsa_war_on_terror) [28.04.2013].

24 | Sari Horwitz, „NSA collection of phone data is lawful, federal judge rules“, *The Washington Post*, 27.12.2013, <http://wapo.st/1nMUazN> [28.04.2014].

25 | Pew Research Center, *Few See Adequate Limits on NSA Surveillance Program*, 26.07.2013, <http://people-press.org/files/legacy-pdf/7-26-2013%20NSA%20release.pdf> [28.04.2014].

Ansicht nach unter hinreichender Aufsicht stand. Nur 30 Prozent glaubten demnach an eine angemessene Kontrolle des Programms und 70 Prozent meinten, der Staat nutze es nicht nur zur Terrorismusbekämpfung. Bemerkenswert ist jedoch: In derselben Umfrage sprachen sich 50 Prozent der Amerikaner für das NSA-Programm aus, 47 Prozent lehnten es ab. Selbst unter den 27 Prozent der Befragten, die glaubten, der Staat höre auch sie persönlich ab, befürworteten 40 Prozent die Praxis der NSA.

Obwohl die Ansicht, der Staat habe zu viel Macht, in den USA zu allen Zeiten eine breite Zustimmung findet,<sup>26</sup> sind die Amerikaner über staatliche Überwachung von Internet und Computern weniger beunruhigt als die Deutschen – und weit weniger, als sie es selbst im Jahr 2000 waren, ein Jahr vor den Terroranschlägen in New York und Washington, D.C.<sup>27</sup> Die Mehrheit der Deutschen sieht

**Die Mehrheit der Deutschen begrüßt staatliches Handeln im alltäglichen Leben in weit stärkerem Maße als die Amerikaner – nicht jedoch bei geheimdienstlichen Aktivitäten.**

dagegen geheimdienstliche Aktivitäten mit skeptischem bzw. stark ablehnendem Blick. Sie begrüßen staatliches Handeln im alltäglichen Leben in weit stärkerem Maße als

die Amerikaner, etwa im Gesundheitswesen, im Bildungssektor oder bei der Kinderbetreuung. Wenn es jedoch um geheimdienstliche Aktivitäten geht, wollen die Deutschen ihren entsprechenden Behörden nicht jene weit reichenden Befugnisse, Ressourcen und Vollmachten zugestehen, die für Amerikaner selbstverständlich sind. Diese umfangreichen Kompetenzen ihrer militärischen und geheimdienstlichen Institutionen stehen für die amerikanische Bevölkerung im Grundsatz nicht zur Disposition. Dahinter steht der Konsens, alles Nötige zu tun, um die Vereinigten Staaten vor seinen äußeren wie inneren Feinden zu schützen.

## WIE GEHT ES WEITER?

Aus den genannten Gründen wird die US-Regierung die NSA kaum in die Schranken weisen, während der deutschen Regierung, die dies gern täte, die Mittel fehlen. Der Streit geht also über die Frage der Spionage und Datensammlung

26 | Joy Wilke, „Americans’ Belief That Gov’t Is Too Powerful at Record Level“, *Gallup Politics*, 23.09.2013, <http://gallup.com/poll/164591/americans.aspx> [28.04.2014].

27 | Art Swift, „U.S. Internet Users Less Concerned About Gov’t Snooping“, *Gallup Politics*, 24.10.2013, <http://gallup.com/poll/165569/snooping.aspx> [28.04.2014].

hinaus, denn er „lenkt die Aufmerksamkeit auf die fortdauernde Asymmetrie im transatlantischen Verhältnis“.<sup>28</sup> Hinzu kommt, dass Deutschland, ungeachtet der ablehnenden Haltung gegenüber der NSA in der Bevölkerung, von den Geheimdienstinformationen aus den USA profitiert. Ohne die geheimdienstliche Zusammenarbeit mit amerikanischen Stellen wäre Deutschland weniger sicher. Bürger und Politiker hierzulande werden ihren Geheimdiensten kaum die Mittel und Befugnisse zugestehen, die nötig wären, um den Beistand der USA überflüssig zu machen. Die Informationen, die im Jahr 2007 zur Verhaftung der so genannten Sauerland-Gruppe führten, bevor sie ihren Plan eines Bombenanschlags in die Tat umsetzen konnte, kamen zum Beispiel aus amerikanischen Geheimdienstquellen. Es spricht vieles dafür, dass deutsche Geheimdienste weder technisch noch rechtlich in der Lage gewesen wären, derartige Informationen zu gewinnen.



Mitglieder der Sauerland-Gruppe vor Gericht im Jahr 2009: Die Informationen, die zur Verhaftung der Terrorzelle führten, kamen aus amerikanischen Geheimdienstquellen. | Quelle: © Federico Gambarini, dpa, picture alliance.

Von amerikanischer Seite wurde verschiedentlich vorgeschlagen, Deutschland zur Gruppe der „Five Eyes“ einzuladen. Großbritannien, Australien, Neuseeland und Kanada gehören ihr an und kooperieren auf diese Weise eng mit

28 | Vgl. Johannes Thimm, „Inseparable, but Not Equal. Assessing U.S.-EU Relations in the Wake of the NSA Surveillance Affair“, *SWP Comments*, Stiftung Wissenschaft und Politik, 01/2014, [http://swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/comments/2014C04\\_tmm.pdf](http://swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/comments/2014C04_tmm.pdf) [28.04.2014]. Übersetzung d. Red.

dem Geheimdienstapparat der USA. Deutschland führe schließlich keine offensiven Geheimdienstoperationen gegen die USA durch und gelte als enger Freund und Verbündeter. Eine solche Beteiligung an den „Fünf Augen“ würde jedoch eine Koordinierung der Sicherheitspolitik der Länder voraussetzen und zu moralisch bedenklichen Aktionen in einem für die Deutschen unerträglichen Maß führen. Die USA und Großbritannien verletzen das, was die Deutschen als unveräußerliche Rechte überall auf der Welt ansehen. Aktionen wie die gezielte Tötung durch Drohnen lehnen die Deutschen und ihre gewählten Vertreter ab. Deutschland kann also weder die USA zur Einstellung ihrer Spionagetätigkeit bewegen, noch die Art geheimdienstlicher Zusammenarbeit anbieten, die dieses Ausspionieren aus

**Beim Besuch der Kanzlerin in Washington blieben konkrete Zusicherungen oder die Aussicht auf einen Kompromiss in Sachen Datenspeicherung und NSA-Tätigkeit aus.**

Sicht der USA unnötig machen würde. Die Bundesregierung wird die Gespräche über die NSA nicht ergebnislos beenden wollen, ist sich aber ihrer eingeschränkten Mittel bewusst. Umso mehr bemühte sich der Regierungssprecher, die Erwartungen der Deutschen bereits vor Beginn des Besuchs der Kanzlerin in Washington Anfang Mai zu dämpfen. In der Tat wurde Angela Merkel zwar freundlich empfangen und die Konsultation nahmen ungewöhnlich viel Zeit in Anspruch, konkrete Zusicherungen oder die Aussicht auf einen Kompromiss in Sachen Datenspeicherung und NSA-Tätigkeit blieben aber aus.

Nicht nur die deutsche Bundesregierung, auch andere freundschaftlich mit den USA verbundene Regierungen haben Washington zu Änderungen an der aktuellen Praxis aufgefordert. Frankreich, Israel, Brasilien und Mexiko haben sich nachdrücklich über die Geheimdienstoperationen der USA beschwert. Es zeigte sich jedoch, dass keiner der Verbündeten einen Bruch der Beziehungen riskieren möchte. Frankreich und Israel haben selbst eine lange Geschichte offensiver Geheimdienstoperationen gegen die USA, deshalb werden ihre Beschwerden wohl auf taube Ohren stoßen.<sup>29</sup> Die Brasilianer haben einen Staatsbesuch in den USA abgesagt und einem amerikanischen Unternehmen einen bedeutenden Auftrag des Militärs verweigert,

29 | „Cloaks Off“, *The Economist*, 02.11.2013, <http://economist.com/news/international/21588890-foreign-alarm-about-american-spying-mounting-sound-and-fury-do-not-always-match-0> [28.04.2014].

beides symbolisch wichtige, aber nicht sehr weit reichende Aktionen, während Mexiko beschloss, überhaupt keine Maßnahmen gegen die USA zu ergreifen.<sup>30</sup>

### EINE REFORM DER GEHEIMDIENSTE?

Da es an Druck von außen fehlt, kann nur innerer Druck die USA zu einer Änderung der Geheimdienstpolitik bewegen. Aber da die Amerikaner in Sachen NSA gespalten und gegenüber Edward Snowden größtenteils ablehnend sind, gibt es einen solchen gesellschaftlichen Druck nicht. Nach Snowdens ersten Enthüllungen hätte der Präsident das politische Klima womöglich nutzen können, um die Aktivitäten der NSA einzuschränken. Die meisten davon brachte die Regierung unter Präsident George W. Bush auf den Weg, und die Demokraten hatte ihnen lange Zeit sehr skeptisch gegenüber gestanden. Aber nicht nur, dass es Obama unterließ, die Politik seines Vorgängers Bush zu ändern, er setzte sich noch öffentlich für die NSA ein, ermöglichte die Fortsetzung der von Snowden bekannt gemachten Programme und behielt sie als ein Instrument der US-Außenpolitik bei. Seitdem hat die öffentliche Meinung gedreht und die Verabschiedung eines Gesetzes, das die geheimdienstlichen Aktivitäten in den USA grundlegend neu regelt, ist in weite Ferne gerückt.

**Obama unterließ es, die Politik seines Vorgängers Bush zu ändern, setzte sich öffentlich für die NSA ein und ermöglichte die Fortsetzung der von Snowden bekannt gemachten Programme.**

Dafür ist nach Ansicht vieler Amerikaner nicht zuletzt auch Snowden selbst verantwortlich. Indem er nach China und Russland geflohen ist, beides undemokratische Länder und in starker Konkurrenz zu den USA, habe er seine Glaubwürdigkeit untergraben. In der Tat kann nicht ausgeschlossen werden, dass beide Staaten in der Zeit, in der er sich in ihrer Obhut befand, Zugriff auf die Informationen auf seinem Laptop hatten, was den USA weiteren Schaden zufügen könnte. Mit den jüngsten Enthüllungen Ende März hat Snowden seinen letzten Kredit verspielt: Die US-Geheimdienste, so zeigen es die Dokumente, haben Chinas Politik und Wirtschaft ausspioniert. Spätestens mit diesen Inhalten ist ein Punkt erreicht, an dem die Amerikaner die Tatsache der Veröffentlichung mehr verärgert als die Information selbst. In Deutschland dagegen ist die Empörung

30 | Joshua Foust, „Face it: Everybody Spies“, Medium, 08.07.2013, <http://medium.com/war-is-boring/29c226968c2c> [28.04.2014].

gegenüber den USA ungebrochen groß, als ob es keinen Unterschied mache, das Mobiltelefon der Kanzlerin auszuspiionieren oder Vertreter eines undemokratischen Landes mit einer politischen Justiz.

Staaten spionieren einander aus und werden das auch auf absehbare Zeit nicht unterlassen. Viele der Länder, die sich über die USA beklagen, wie Brasilien oder Frankreich, handeln nicht anders, nur mit geringeren Möglichkeiten. Die Forderung ist aber nicht unbillig, dass diese Aktivitäten auf demokratischem Wege kontrolliert werden müssen und (im Falle der USA) so wenig wie möglich der US-Verfassung zuwiderlaufen dürfen. Ebenso ist es vollkommen begründet, wenn Deutschland, ein langjähriger Verbündeter der Vereinigten Staaten ohne eine Tradition gegen die USA gerichteter Spionagetätigkeit, die Forderung erhebt, nachrichtendienstliche Aufklärung müsse mit Wissen und Zustimmung der Bundesregierung erfolgen. Das Handeln Barack Obamas und die zunehmend ablehnende Einstellung der US-Bevölkerung gegenüber Edward Snowden lassen weit reichende Reformen der NSA jedoch ungewiss erscheinen. Wenn der Entwurf des Freedom Act, für den der Kongressabgeordnete Sensenbrenner unter anderem in Berlin warb, unerwartet doch Gesetz werden würde, wären zumindest die größten Auswüchse eingedämmt. Die Welt würde dadurch nicht unsicherer, aber die Beziehungen Deutschlands zu den USA dürften davon profitieren.